



## Schule Fällanden im Januar 2019

Die Schule Fällanden - und mit ihr Fällanden - steht am Scheideweg.

Zu lange wirkten unsere Behörden am Volk vorbei. Die beantragte Steuererhöhung von satten 9 % brachte das Fass zum Ueberlaufen. Das ist heilsam: jetzt ist Remedur angesagt.

Unsere Kritik ist weder destruktiv noch unsachgemäss. Einige Beispiele behördlicher Fehlleistungen aus der jüngeren Vergangenheit:

- Politische Gemeinde
  - Verkauf EW:  
mit einem schlechten Vertrag, dessen Kenntnisnahme Bürger erstreiten mussten
  - Einheitsgemeinde:  
abgelehnt durch überheblichen Alleingang des Gemeinderates
  - Umzonung Huebwis:  
die Gemeindeversammlung wurde solange mit Palaver um Handyantennen eingelullt, bis viele nicht mehr wussten, was Sache war und mit einem "ja" die Versammlung beenden wollten.
  - Personenunterführung Maurstrasse beim Lättenschulhaus:  
soll gemäss dem gemeinderätlichen Willen zerstört und durch einen Niveauübergang ersetzt werden
  - altes Schulhaus am Sternenkreisel:  
es laufen seit geraumer Zeit Gespräche zwischen der Politischen -, der Kirchgemeinde und dem Kanton mit dem Ziel, das Gebäude dem Kanton zu verkaufen, welcher es sodann abreissen und durch eine 12 m breite Einmündung in den Kreisel ersetzen würde. Alles hinter den Kulissen (der damalige Gemeindepräsident verbot dem interimistischen Kirchenpflegepräsidenten nach eigenem Bekunden zum Geschäft Stellung zu nehmen).  
- etc.
- Ev.-ref. Kirche
  - das Personaldesaster  
führte zur Zwangsverwaltung und Kosten von gegen 1 Mio. Franken, was einen Grossteil des jährlichen Steueraufkommens darstellt.
  - altes Schulhaus:  
es besteht klar der Wille, das alte Schulhaus durch ein neues Kirchgemeindehaus zu ersetzen unter Inkaufnahme der Zerstörung dreier inventarisierter historischen Gebäude und mit nicht absehbaren finanziellen Konsequenzen und mit absehbarem Mehrverkehr.  
- man nimmt ohne mit der Wimper zu zucken massenweise Kirchengänge hin.
- Schulgemeinde
  - eine sündhaft teure Immobilienstrategie (2013) wurde in Auftrag gegeben unter Einbezug von Lösungen, die teilweise jenseits jeder Bezahlbarkeit liegen.
  - obwohl alle Randbedingungen 2013 bekannt waren, folgte man den in der Immostrategie skizzierten Varianten nicht und machte dem Stimmvolk mit Halbwahrheiten den KiGa-Neubau Lätten schmackhaft im Wissen (oder Unwissen), dass dadurch die weiteren Immomassnahmen tangiert wurden.
  - ein strukturelles Defizit wurde jahrelang negiert, um es schlussendlich anzuerkennen.

Viele dieser Entwicklungen hätten vermieden oder gemildert werden können durch frühen Einbezug der Bevölkerung (politische Parteien, Interessengruppen, kundige Einzelpersonen). Stattdessen erfuhr das Stimmvolk oft erst nach erfolgten Weichenstellungen von Geschäften, die es grossenteils gar nicht wollte. Immerhin stellt der neue Gemeindepräsident hier Besserung in Aussicht.

Es blieb den Leuten nichts anderes übrig, als mit den verfügbaren Mitteln Opposition zu machen. Man machte sich damit in Behördenaugen zum "selbsternannten Sparexperten". Sparvorschläge mutierten zur "Behördenschelte". Unbotmässige Meinungsäusserungen kamen von "Hüslibünzli" und "Wutbürgern". "Besserwisserei greift um sich". (alles Zitate von aktuellen und ehemaligen Behördenmitgliedern).

Vor diesem Hintergrund kommt der Schlussabsatzes einer jeden Anfrage an die Schulgemeinde "*Ihre Anfrage ist ein Beitrag zu einem wertvollen Hinschauen*" einer Verhöhnung der Bürger gleich, die sich - unbezahlt - die Mühe machen, am Gedeihen unserer Gemeinde mitzuwirken. Man kann nur hoffen, dass dieser Satz ebenso unbeabsichtigt fehlformuliert wurde wie der Titel einer kürzlich aufgeschalteten Stellungnahme der Schulpflege: "Budget 2019 und deren Folgen" (inzwischen korrigiert).

## Zur Schulgemeinde

An der Schulgemeindeversammlung vom 19. Dezember 2018 war von Beginn an - nicht nur aufgrund der beantragten Steuererhöhung von 9 % - der Unmut vieler Anwesender spürbar. Die Voten sowie das Ergebnis aller Abstimmungen waren ernüchternd für die Behörde.

Anstatt aber das Verdikt ernst zu nehmen und den Dialog mit den oben beschriebenen Kreisen aufzunehmen, verfasst man unsägliche Briefe und Stellungnahmen voller unhaltbarer Drohungen, Halb- und Unwahrheiten.

Business as usual? Nein, diesmal nicht. Die Ueberheblichkeit der - man muss es sagen - FDP-dominierten Schulpflege samt Leserbriefschreiberinnen aus der selben Partei ist schwer verdaulich und lohnt "Beiträge zu einem wertvollen Hinschauen".

Wir wollen uns auch hier nicht mit Gemeinplätzen und Rundumschlägen zufrieden geben, sondern uns auseinandersetzen mit konkreten Tätigkeiten oder Aussagen der Schulpflege im Sinne der Mitarbeit auf dem Weg aus der Sackgasse:

Quelle

Mitteilungen aus der Schulpflege vom 25. 10. 18 *Weil die Schülerzahlen in der Gemeinde massiv gestiegen sind und die Steuerkraft in Fällanden gleichzeitig stetig sinkt, muss die Schulpflege, an der Schulgemeindeversammlung vom 28. November 2018, einen Antrag um 9% Steuererhöhung stellen. Nur so können die Finanzen der Schule saniert und zukünftige Investitionen sichergestellt werden.*

Das absolute Steueraufkommen ist seit ca. 10 Jahren praktisch konstant: diese Entwicklung ist nicht neu, doch niemand in der Behörde reagierte!  
(Quelle: [www.statistik.ch](http://www.statistik.ch))

*Müssten weitere Einsparungen vorgenommen werden, Einsparungen, die angesichts der Grösse der fehlenden Mittel auch Sinn machen, so würde dies die Bereiche Exkursionen und Schulreisen, die Musikschule, die Tagesstrukturen, den Schulsport sowie die Klassenlager betreffen. Allerdings würden auch solch rigide Sparmassnahmen nicht ausreichen, um den Finanzen der Schule wieder einen gesunden Boden zu verschaffen.*

Das ist eine unhaltbare Drohung im Hinblick auf den Abstimmungsausgang.

Budget SG /  
Glattaler  
vom 13. 1. 19

*Leistungsverzicht bzw. Aufwandsminderung  
Die laufende Rechnung weist keine entscheidenden Bereiche auf in welchen noch signifikante Einsparungen ohne Leistungsabbau möglich sind.*

Wir haben an der Schulgemeindeversammlung die folgenden Budgetkürzungen erfolgreich eingebracht:

*Konto 313200 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw:*

Begründung: Seit der Rechnung 2015 sind diese Ausgaben förmlich explodiert auf das dreifache: von CHF 45 K auf 137 K.

Antrag: Kürzung auf CHF 100 K

*Konto 313000 Dienstleistungen Dritter*

Rechnung 2015: CHF 718 K, Budget 2019: 909 K.

Steigerung + 27 %, Steigerung Schüleranzahl + 11 %

Antrag: Kürzung auf CHF 900 K

*Konto 310000 Büromaterial*

*Konto 310100 Betriebs- und Verbrauchsmaterial*

*Konto 310300 Fachliteratur, Zeitschriften*

Budget 2018: CHF 286 K, Budget 2019: 333 K

Steigerung + 17 %

Antrag: Kürzung auf CHF 300 K

Damit konnten CHF 179 K eingespart werden; immerhin ca. 2/3 eines Steuerprozentes.

Einerseits konnte damit gezeigt werden, dass hier überproportionale Zunahmen budgetiert werden, und andererseits, dass es uns nur um das ungehemmte Kostenwachstum geht, nicht aber um eine Schmälerung des Bildungserfolges.

Zweifellos ist zusätzliches Sparpotential vorhanden; dieses zutage zu fördern sollte aber nicht dem Publikum obliegen, sondern den gewählten und bezahlten Behördenmitgliedern.

In der Investitionsrechnung haben wir die folgenden Sparanträge erfolgreich deponiert:

Tatsache ist, dass der Schulbus bereits im Budget 2016 (100K), 2017 (130K) sowie 2018 (110K) enthalten war.

Angeschafft wurde nichts, das Geld anderweitig ausgegeben. Wir können getrost einstweilen auf eine vierte Budgetierung verzichten. Zwischenzeitlich kann man in Volketswil nachfragen nach dem Lieferanten des dortigen Fahrzeugs für CHF 78K. Antrag: Der Ersatz des Schulbusses ist um mindestens 1 Jahr zu verschieben und sodann erneut nach Angebotseinholung zu budgetieren.

Die Ausgabe von CHF 110.000 im Konto 6.9052.5060.01 ist zu streichen. - 110 K

Der Ersatz von zwei Traktoren für die Schulanlagen Bommern und Buechwis ist um mindestens 1 Jahr zu verschieben und sodann erneut nach Angebotseinholung zu budgetieren.

Antrag: Die Ausgabe von CHF 100.000 in den Konti 6.9102.5060.01 und 6.9103.5060.01 ist zu streichen. - 100 K

Damit konnten weitere CHF 210 K eingespart werden; erneut über 2/3 eines Steuerprozentes. Auch diese Sparmassnahmen stehen in keinem Zusammenhang mit dem Bildungserfolg.

Selbst die Technik verkräftet dies: die Traktoren können ohne weiteres mit vorhandenen Mitteln von einem Schulhaus zum anderen verschoben werden, um so die Betriebsstunden des vorhandenen Geräts zu erhöhen.

Die Aussage, dass dies auf die laufende Rechnung keinen Einfluss habe, ist falsch: die Abschreibungen fallen sofort an.

Mitteilung der Schulpflege vom 16. 1. 19: Budget 2019 und die Folgen

*Die Schulgemeindeversammlung hat in Fällanden mit dem Ablehnen der Steuerfusserhöhung und dem Kürzen des Budgets der Schule eine klare Botschaft gesendet: Es muss rigoros gespart werden. Die Schulpflege hat nun erste Massnahmen beschlossen, um den Wunsch der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger umzusetzen.*

Diese Erkenntnis ist grundsätzlich erfreulich. Wäre sie früher umgesetzt worden, würden wir uns heute nicht in dieser Situation befinden. Ausserdem ist anzunehmen, dass ohne die ausgelöste Negativ-Dynamik an der Gemeindeversammlung eine moderate Erhöhung des Steuerfusses angenommen worden wäre.

Die unten aufgelisteten Massnahmen zeugen jedoch nicht von echtem Willen, das Schiff wieder auf Kurs zu bringen. Vielmehr wird getäubelet und bei den Eltern versucht, Stimmung zu machen. Im Einzelnen:

*"An der Schulgemeindeversammlung wurde beschlossen den Schulbus zu streichen. Der Schülertransport mit dem schuleigenen Bus wird eingestellt. Die Schülerinnen und Schüler aller Schulhäuser werden ab dem Schuljahr 2019/2020 zu Fuss zum Schwimmerunterricht gehen und es werden nur noch drei Jahrgänge, d.h. 2. – 4. Primarklassen Schwimmerunterricht erhalten. Die 1. Primarklassen haben stattdessen Turnunterricht. Die Schulpflege muss leider der Busfahrerin sowie dem Schwimmlehrer die Kündigung aussprechen bzw. eine Vertragsanpassung anbieten. Das Budget wird dadurch um CHF 75'000.– entlastet."*

Unwahrer geht's nimmer: nachdem während dreier Jahre der Schulbus budgetiert, jedoch nie angeschafft worden war und das Geld anderweitig ausgegeben wurde, beschloss die Gemeindeversammlung, die Anschaffung um ein weiteres Jahr zu verschieben, um sie nach Offerteinholung erneut zu budgetieren.

Es war mangels vertiefter Prüfung nie Rede davon, den Betrieb des Schulbusses zu streichen. Der jetzige Bus kann zweifelsfrei weiterhin seine Funktion erfüllen: man sieht ihn jedenfalls täglich auf den Strassen von Fällanden. Weiteres verlangte niemand.

Die dargestellten Massnahmen zeugen von Panik in der Behörde und insinuierten, durch den diesbezüglichen Sparantrag würden wir direkt schuld sein am Personalabbau.

*"Um mehr Einnahmen zu generieren, wird für die Benützung der Turnhallen, die von der Schule bisher gratis zur Verfügung gestellt wurden, ein Tarifreglement eingeführt, das ab dem neuen Schuljahr wirksam ist. Die betroffenen Vereine und anderen Nutzer werden so bald wie möglich informiert."*

Sollte das - nach dem Verursacherprinzip - nicht schon lange Usanz sein wie in anderen Gemeinden?

*"Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben an der Schulgemeindeversammlung zudem das Budget bei den Positionen Dienstleistungen Dritter bzw. Honorare um CHF 179'000.– gekürzt. Dies hat nun beispielsweise zur Folge, dass der Präventionsunterricht zum Thema «Umgang mit neuen Medien» an der Primarschule gestrichen werden muss, geplante Theaterprojekte werden aus Kostengründen abgesagt, Schülerinnen und Schüler, welche Logopädie benötigen, werden längere Wartezeiten hinnehmen müssen, die Materialeinkäufe für das Textile Gestalten (Handarbeit) werden reduziert und die geplanten Neuanschaffungen von Kinder- und Jugendbüchern für die Schulbibliothek müssen markant gekürzt werden."*

Diese Argumentation ist interessant. Hier nochmals die Zahlen (Budget bzw. Rg.):

	2015	2016	2017	2018	2019
<i>Konto 313200 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw:</i>	45 K				137 K

Wir beantragten Plafonierung auf CHF 100 K. Niemand soll behaupten, dass dadurch solche Massnahmen wie oben genannt erforderlich sind. Unser Anliegen war lediglich die Rückführung der Ausgabe auf ein moderates Wachstum.

	2015	2016	2017	2018	2019
<i>Konto 313000 Dienstleistungen Dritter</i>	718 K				909 K

Wir beantragten Plafonierung auf CHF 800 K Während die Schülerzahl in diesem Zeitraum um 11 % zunahm, werden hier 27 % mehr verlangt. Das Budget entspricht nun exakt der gewachsenen Schülerzahl. Kein Sparpotential?

	2015	2016	2017	2018	2019
<i>Konto 310000 Büromaterial Konto 310100 Betriebs- und V.material Konto 310300 Fachlit., Zeitschriften</i>				286 K	333 K

Steigerung um 17 %. Durch die Deckelung auf 300 K (= 5 % mehr Geld!) wird nichts, aber auch gar nichts beeinträchtigt.

*"Die Schulpflege sieht sich gezwungen, an ihrer nächsten Sitzung weitere Massnahmen beschliessen zu müssen. Angesicht der finanziellen Situation ist es momentan zudem nicht möglich, die dringend notwendigen Sanierungen der Schulliegenschaften in Benglen und Pfaffhausen anzugehen. Die Gesundung der Schulfinanzen ist vordringlich, auch weil die Bildungsqualität und die damit verbundene Chancengerechtigkeit nicht weiter tangiert werden dürfen. Trotz sehr grossem Spardruck bemüht sich die Schulpflege natürlich weiterhin die Qualität an den Schulen in allen drei Fälländer Dorfteilen zu erhalten."*

Das ist lobenswert, wenn auch eine späte Erkenntnis. Wurde in der Immostudie 2013 noch von grossen Würfeln geträumt (u.a. Schulzimmer nach "Fälländer Standard"), während das wachsende Problem bereits sichtbar war, werden nunmehr offenbar endlich kleinere Brötchen gebacken.

Leserbrief im  
Glattaler vom 18. 1.  
19

Man könnte über dieses Werk getrost hinwegsehen, würde es nicht nahtlos in die Arroganz der FDP passen. Verständlich, dass Mitglieder dieser Partei Ihre Amtsträger nicht öffentlich kritisieren. Aber dieses Mass an Kritiklosigkeit ist doch krass. Der Anstand verbietet, auf gleichem Niveau zu antworten, doch seien hier einige Aussagen zitiert und kommentiert:

*"An den beiden tumultuösen Budget-Gemeindeversammlungen in Fällanden konnte ich nicht teilnehmen, aber ich habe gehört und gelesen, was da ablief."*

Nicht dabei sein, aber etwas als "tumultuös" qualifizieren: nicht nachvollziehbar.

*"Die Stimmen der Vernunft und des Ausgleichs gehen unter."*

Wenn die Urheber dieser Stimmen während Jahren solche Ergebnisse erzielen wie eingangs beschrieben, sollen sie untergehen. Einmal mehr Verwechslung von Ursache und Wirkung: die Opposition ist die Folge von Fehlleistungen. Der Behördenverdruss die hilflose Reaktion darauf. Auch wir würden gerne einvernehmlich in einer prosperierenden Gemeinde leben und Steuern zahlen. Das aber wurde in den vergangenen Jahren zunehmend schwierig.

*"... verweigert die Gemeindeversammlung der Schule die nötigen Mittel, überhäuft die Schulpflege mit Vorwürfen und verabschiedet ein Budget mit grossem Defizit, das den gesetzlichen Vorgaben nicht entspricht - wo beiben da Vernunft und Bürgersinn?"*

Indem mit einer Zäsur ein Umdenken in den Behörden erwirkt wird. Das ist wahrer Bürgersinn, nicht der blinde Gehorsam.

Die Frage in umgekehrter Richtung sei erlaubt: wo blieben "Vernunft und Bürgersinn" der Schulpflege bei der Vorlage für den Neubau Lätten? Der Neubau in der Immo-Strategie 2013 wurde mit CHF 8.180 K veranschlagt. Wurde der Schulgemeindeversammlung nicht trotzdem ein Projekt für CHF 12.400 K beliebt gemacht in Kenntnis der schwierigen Finanzlage? Und im Wissen, dass das Vorhaben noch weit mehr kostet als der erwähnte Betrag: + CHF 600 K für Projektierung, + CHF 600 K für Leitungsverlegungen unter der Spielwiese (pol. Gemeinde), weil die erwähnte Immostrategie 2013 einen Neubau dort gar nie vorsah, sondern anstelle des Pavillons oder des Lehrerhauses.

*"... melden sich selbst ernannte Sparexperten zum Wort. Sie finden etwa, die Steuerbezugskosten seien ein Aergernis. Ueber die habe ich mich schon damals gewundert, sie aber akzeptiert, weil es ein Nullsummenspiel ist. Wird die Schulgemeinde davon befreit, fehlt der entsprechende Betrag einfach bei der Politischen Gemeinde, es wird also, über die gesamte Steuerlast gesehen, kein einziger Rappen gespart."*

Reichlich naiv. Die Schule soll (einen Vertrag haben wir bis heute nicht gesehen) ohne Grundlage mit 3 % des Steueraufkommens belastet werden, derweil wohl CHF 200 K, d.h. über 3 Mal weniger, den Aufwand decken würde. Das bedeutet über 2 Steuerprozent. Würde dieser überhöhte Betrag zurechtgestutzt, hatte wohl die Politische Gemeinde einige Mal keinen Ueberschuss ausweisen können in der Rechnung. Quersubventionierung. Ein Nullsummenspiel ist das in keiner Art und Weise: fehlten diese Mittel, würden sie eingespart werden müssen.

*"...nehmen die als 'stolz' bezeichneten Behördenentschädigung in Visier".*

Richtig, tun wir. Der Präsident erhält CHF 39.756.00 (2010, indexiert) die Mitglieder CHF 29.707.00 (2010, indexiert). Und das bei jährlich schrumpfenden Aufgaben infolge Delegation von Aufgaben an "Experten" usw. (In den 90er Jahren erhielt ein Mitglied noch ca. 8 K steuerfrei bei ungleich mehr Arbeitsbelastung). Da wird man doch noch Sachkenntnis und vorausdenkende Entscheide bzw. Vorlagen erwarten dürfen.

*"Gute Sparvorschläge wären sehr willkommen. Aber Behörden-Schelte.... bringt uns nicht weiter."*

Ich habe mir hier die Mühe gemacht, unser erfolgreiches Argumentieren an der letzten Gemeindeversammlung detailliert zu begründen im Interesse einer Versachlichung der Diskussion. Der Ball liegt nun u.a. bei Leuten, für die "gute Sparvorschläge" Synonym sind für "Behörden-Schelte". Und was "gute Sparvorschläge" sind, definiert man natürlich selbst. Von "selbsternannten Sparexperten", "Hüsilibünzli", "Wutbürgern" und "Besserwissern" kann offenbar nichts Vernünftiges kommen.

*"Ich wünsche mir eine neue 'Koalition der Vernunft' in Fällanden, ein konstruktives Miteinander, indem die Behörden zwar kritisch begleitet, aber auch anerkannt und unterstützt werden."*

Wünschen wir ja auch, doch die Erfahrung lehrte uns, dass die Behörden (bisher) gar nicht begleitet werden wollten.

*"Wenn wir das nicht mehr schaffen, können wir uns gleich anmelden zur Zwangsverwaltung - wer will sich noch aufstellen lassen für ein Behördenamt bei den nächsten Wahlen, bei dieser Stimmung?"*

Das ist wohl unbeabsichtigter Galgenhumor: haben wir jetzt fast zwei Jahre erlebt in der ev.-ref. Kirchgemeinde. Nicht infolge schlechter Stimmung wegen Opposition, sondern wegen behördeninterner Fehlleistungen.

Die Behörden sind gewählt und bezahlt u.a. zum Gestalten der Gemeindepolitik. Wenn man Gruppierungen und Personen früh bei anstehenden Geschäften beizieht, um Fehlentwicklungen im Keime zu ersticken, so ist das schon die halbe Lösung für die reklamierte "Koalition der Vernunft".

Schon lange suchen Bürger das Gespräch mit Behörden. Bislang vergeblich. Hoffen wir auf die Wende.